

KUNSTCHRONIK

MONATSSCHRIFT FÜR KUNSTWISSENSCHAFT
MUSEUMSWESEN UND DENKMALPFLEGE

MITTEILUNGSBLATT DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER E. V.
HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALINSTITUT FÜR KUNSTGESCHICHTE IN MÜNCHEN
VERLAG HANS CARL, NÜRNBERG

43. Jahrgang

Juli 1990

Heft 7

ZUR EINFÜHRUNG

Die grundlegenden Veränderungen in den Ländern Osteuropas, der rasche Übergang zu Demokratie und marktwirtschaftlichen Verhältnissen werden in der gesamten westlichen Welt mit Spannung und Anteilnahme verfolgt. Der gewaltlose Kampf der Menschen um Freiheit hat ihnen eine Welle der Sympathie entgegenschlagen lassen. Der erschreckende Umfang des wirtschaftlichen Niedergangs und der kaum mehr aufzuhaltende Verfall der Städte, Dörfer und Kulturdenkmäler, der nach dem Ende des kommunistischen Machtsystems von Woche zu Woche deutlicher zutage tritt, hat die euphorische Hoffnung auf eine bessere Zukunft bislang nicht schwächen können. Nun, da mit dem Ende einer ideologisch gelenkten Baupolitik die Voraussetzungen für private Initiative wiederhergestellt sind, scheint auch die drohende Gefahr einer völligen Vernichtung der historischen Substanz fürs erste gebannt.

Allzu leicht vergessen wird dabei, daß unter eben diesen Bedingungen, wie sie jetzt in den osteuropäischen Ländern Wirklichkeit zu werden versprechen, in den westlichen Wohlstandsgesellschaften die Zerstörung der Dörfer und Städte ein nie zuvor gekanntes Ausmaß erreicht hat. Historisch gewachsene Strukturen und selbst hochrangige Einzeldenkmäler wurden bedenkenlos dem wirtschaftlichen Fortschritt geopfert, sprich: kommerziellen Interessen in häufig enger Symbiose mit einer geradezu megalomanen Planungsbesessenheit der Bauverwaltungen und politisch Verantwortlichen.

Der Historiker weiß darüber hinaus nur allzu gut, daß Revolutionen — und um eine solche handelt es sich hier wohl ohne allen Zweifel — in ihrer Eigendynamik jedweder rationalen Kontrolle entgleiten. Was immer sich ihrer Entwicklung entgegenstellt, ist meist schon von vorneherein zum Verlierer gestempelt. Über die Beweggründe dürften im vorliegenden Falle kaum Unklarheit bestehen: Es geht um politische Freiheit, um nationale Selbstbestimmung aber auch um Teilhabe am „Recht auf allgemeinen Wohlstand“, womit im Grunde nur die angemessene Entgeltung individueller Leistung gemeint sein dürfte. Wie rasch allerdings dieser durchaus berechtigte Wunsch zum Freibrief für Spekulation und schrankenlose Gewinnsucht pervertiert werden kann, mögen zahlreiche leidvolle Erfahrungen im Westen belegen.

Welche Chance haben angesichts dieser Tatsachen die Baudenkmäler? Ihre Bewahrung ist ein öffentliches, mithin allgemeines Interesse und nur im seltensten Falle ein

persönliches Anliegen des Einzelnen, wo dessen wirtschaftliche Belange unmittelbar betroffen sind. Kann unter den gegebenen Voraussetzungen ein behutsamer Umgang mit dem kulturellen Erbe erwartet werden? In Anbetracht der negativen Erfahrungen einer vierzigjährigen staatlichen Bevormundung steht zu befürchten, daß sich die zuständigen Behörden in der ihnen obliegenden Kontrollfunktion äußerster Zurückhaltung befleißigen werden. Hinzu kommen wird der im Westen seit langem bestehende Zwang, zwischen scheinbar kollidierenden Interessen eine sinnvolle Abwägung treffen zu müssen. Soll man einen potentiellen Investor und zukünftigen Arbeitgeber mit kostspieligen Auflagen verprellen, wenn ihm anderorts bereitwillig sämtliche Konzessionen eingeräumt werden? Wie hoch bemißt sich der Wert eines Baudenkmals angesichts leerer öffentlicher Kassen und vor dem drohenden Phänomen einer Massenarbeitslosigkeit? Wer hier, als Außenstehender, mit moralischen Ratschlägen rasch bei der Hand ist, vergißt seine eigene Ohnmacht gegenüber den zahlreichen Verfehlungen hierzulande, die unter ungleich günstigeren Ausgangsbedingungen begangen wurden.

Der Verfall der Städte und Dörfer Osteuropas zeigt indes nur die eine Seite der Medaille. Tatsache ist, daß gerade aufgrund ihrer zum Teil bewußten Vernachlässigung die historisch gewachsenen Strukturen noch in einem überraschenden Umfang überkommen sind und von maßstabssprengenden Neubauten und unsensiblen Eingriffen weitgehend verschont blieben. Hier gilt es Fehlentwicklungen rechtzeitig vorzubeugen, um nicht die Versäumnisse des Westens ein weiteres Mal zu wiederholen. Neue Gesetze und Verordnungen mögen das ihrige dazu beitragen. Jede legislative Maßnahme zum Schutz des unbeweglichen Kulturguts ist jedoch von Anfang an zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelingt, die Bevölkerung von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen. Erfolg oder Mißerfolg eines noch so ausgefeilten Denkmalschutzgesetzes wird sich nicht zuletzt daran erweisen, wie weit es gelingt, die Bürger nach Jahren der staatlichen Gängelung in die Eigenverantwortung zu nehmen. Die künstlich niedrig gehaltenen Mieten, so sehr sie vom sozialen Standpunkt aus zu begrüßen waren, und die gleichzeitig gezielte Unterbindung jeder Form von Eigeninitiative haben bei vielen Bewohnern Resignation, Gleichgültigkeit und Desinteresse gegen ihre gebaute Umgebung aufkommen lassen. Zu deren Überwindung bedarf es mehr als eines breit angelegten Reprivatisierungsprogramms und großzügiger Investitionsanreize. Hier ist vor allem anderen Aufklärung gefragt, wobei der Westen diesmal wohl eher als warnendes Beispiel vor Augen stehen sollte.

Wenn dieses Heft sich insbesondere der Prager und im weiteren Sinne der tschechoslowakischen Situation anzunehmen sucht, so sollten dadurch die grundsätzlich ähnlich gelagerten Probleme in den anderen Ländern Osteuropas nicht aus den Augen verloren werden. Indes scheint gerade Prag durch seine geographische Lage und wirtschaftliche Bedeutung wie auch vor allem im Hinblick auf seinen einzigartigen Bestand an Baudenkmalern weitaus unmittelbarer als andere Städte gefährdet. Hier drohen sich die Unterlassungssünden der Vergangenheit mit handfesten wirtschaftlichen Interessen und neuerweckten Begehrlichkeiten zu paaren. Die Entkernung eines ganzen Häuserblocks der Prager Kleinseite zur Errichtung von Luxushotels durch ein ausländisches Firmenkonsortium, noch unter dem alten Regime in die Wege geleitet, konnte nach dem Umsturz im letzten Augenblick verhindert werden. Werden die neuen Kräfte angesichts des unge-

heuren Investitionsbedarfs derartigen Versuchungen auch in Zukunft erfolgreich widerstehen können? Es sei ihnen um Prags und seiner Zukunft willen zu wünschen, doch auch dazu bedarf es der tatkräftigen Unterstützung auf internationaler Ebene.

Die Herausgeber der *Kunstchronik* danken den tschechischen Kollegen für ihre bereitwillige Mitarbeit am Zustandekommen dieser Ausgabe. Der Dank gilt insbesondere Michaela Marek, die mit großen persönlichen Einsatz die Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung der Beiträge übernommen hat.

Wolf Tegethoff

Denkmalpflege

PRAG-RESOLUTION

der Direktorenkonferenz Kunsthistorischer
Forschungsinstitute und Spezialbibliotheken

In ernster Sorge um die Zukunft eines städtebaulichen Gesamtensembles von Weltrang sehen sich die Unterzeichneten zu folgender Stellungnahme veranlaßt:

Die Stadt Prag verfügt über einen nördlich der Alpen nahezu einzigartigen Bestand an Baudenkmalern aller Epochen, vom Mittelalter über Renaissance und Barock bis hin zu den bedeutenden Beiträgen des Historismus und der frühen Moderne. Okkupation, Krieg und vier Jahrzehnte kommunistischer Planwirtschaft haben auch hier ihre Spuren hinterlassen, doch blieb Prag, anders als viele Großstädte im Westen, von der blinden Erneuerungs- und Gestaltungssucht der Nachkriegsära weitgehend verschont. Der sich nun abzeichnende Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen, die Reprivatisierung von Grund und Boden und die Öffnung des Landes für ausländische Investoren bieten Chancen zu einer grundlegenden und behutsamen Sanierung der baulichen Substanz, wie sie lange überfällig und zu ihrer Erhaltung dringendst erforderlich ist.

Angesichts verlockender Angebote kapitalkräftiger Interessenten wächst aber auch der politische Druck auf die Verantwortlichen, denkmalpflegerische Belange zugunsten umfassender Veränderungs- und Erneuerungswünsche hintanzustellen. Die einseitige, aufwendige Instandsetzung ausschließlich erstrangiger Baudenkmäler zulasten noch intakter geschlossener Ensembles, die Entkernung ganzer Häuserblocks unter dem Vorwand wirtschaftlicher Sachzwänge, die Verunstaltung geschlossener Straßenzüge durch moderne Ladeneinbauten und Schaufensterflächen und die vermeintlich verkehrs- und fußgängergerechte Umgestaltung des Straßenraums zur pseudohistorischen „Erlebnislandschaft“ — dies sind lediglich die am schwersten wiegenden Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte im Westen, die im Nachhinein kaum mehr zu korrigieren sind.

Vor diesen identitätsvernichtenden Eingriffen gilt es die noch weitgehend intakten Städte Mittel- und Osteuropas zu bewahren. Unter diesen nimmt Prag dank seiner historischen Bedeutung und seines einmaligen Denkmälerbestandes eine zweifellos herausragende Stellung ein, ist aber zugleich als Fremdenverkehrsmagnet und zukünftige Drehscheibe des Ost-Westhandels aufs höchste gefährdet.

Die Unterzeichneten appellieren daher mit Nachdruck an die verantwortlichen Politiker und zuständigen Behörden, der substanzerhaltenden, behutsamen Erneuerung absoluten Vorrang einzuräumen. Im Sinne der Charta von Venedig verweisen sie